



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Zur Niederlage der Sozialdemokratie. Die Frage der Mehrheit im neuen Reichstage.)

Der neue Reichstag ist fertig. Die Stichwahlen in den ersten Februartagen haben gehalten, was die Hauptwahlen versprochen hatten. Das hervorstechende Merkmal bleibt die Niederlage der Sozialdemokratie. Von 79 Sitzen im Reichstage hat die Partei nur 43 gerettet. Es bleibt für nachdenkliche Beurteiler der politischen Erscheinungen die Hauptfrage, was das zu bedeuten hat, woher dieser Zusammenbruch kommt, und was für Schlüsse sich daraus ziehen lassen.

Die Sozialdemokraten selbst müssen natürlich eine Formel finden, um den Mut der Partei neu zu beleben und in der Erklärung der Niederlage zugleich einen Trost für die Zukunft zu geben. Dazu müssen ihnen die Zahlen der Stimmen dienen. Schon im Jahre 1903, als die Reichstagswahlen einen großen Sieg der Sozialdemokratie zu bedeuten schienen, rief das wilde Triumphgeschrei der Partei in alle Welt hinaus, daß nicht weniger als drei Millionen deutsche Reichsbürger zur roten Fahne geschworen hätten. Wie ist seitdem nicht mit der „Dreimillionenpartei“ geprahlt und Bucher getrieben worden! Und auch jetzt noch ist die Stimmenzahl der Rettungsanker der geschlagenen Partei. Schon ist herausgerechnet worden, daß die Partei bei diesen letzten Wahlen sogar einen Stimmenzuwachs von einer Viertelmillion gehabt hat. Also ist es sogar ein Sieg, wie „Genosse“ Mehring meint! Und doch trotz allem ein so klägliches Ergebnis, der Verlust von 36 Sitzen im Reichstag? Ja, so lautet die Antwort, das verdanken wir der Wahlkreiseinteilung, die den Bevölkerungsverhältnissen so schlecht entspricht, daß das Wahlergebnis ein entstelltes Bild des Volkswillens gibt. Es würde zu weit führen, die Berechtigung dieser Klage eingehend zu erörtern. Nur wird man die Bemerkung schwer unterdrücken können, daß die Sozialdemokraten immer sehr schnell bereit sind, Änderungen in den Wahlrichtungen — sei es im Wahlrecht selbst, sei es im Wahlgesetz und der Wahlkreiseinteilung — zu wünschen, ihrerseits aber aus jeder, auch nur akademischen Kritik anderer an denselben Einrichtungen ein Kapitalverbrechen zu machen.

Was jedoch die Hauptsache ist: dieses ganze Stimmenzählen hat ja überhaupt einen recht geringen Wert. Wenn noch immer damit in gewissen Schichten ein großer Eindruck erreicht wird, so beweist das nur, daß die Welt seit den Tagen der napoleonischen Plebiszite nicht klüger geworden ist. Die Zusammenbringung einer großen Stimmenzahl ist eine Frage der Organisation. Eine Organisation, die sich eingelebt und Erfahrungen gesammelt hat und die ganz bestimmte, durch gleiche Lebenslage aufeinander angewiesene Bevölkerungsklassen umfaßt, wird es niemals schwer haben, bei einer geheimen Wahl die Stimmenzahl hinaufzuschrauben. Die Sozialdemokratie hat von vornherein darauf gerechnet, in jedem Fall eine Stimmenstatistik nach dieser bewährten Methode aufzumachen. Denn die bürgerlichen Parteien bilden ihr gegenüber nicht eine so kompakte Masse, daß sie mit ähnlichen Zahlen aufwarten könnten. Der Sozialdemokratie erlaubt der fortgesetzte Ausbau ihrer Organisation in einem Lande, das eine schnell zunehmende Bevölkerung und innerhalb dieser Bevölkerung eine verhältnismäßig noch schneller zunehmende Industriearbeiterschaft hat, die Aufstellung immer zahlreicherer Zählkandidaturen, die ganz ausschließlich der auf eine hohe Gesamtstimmenzahl zielenden Reklametaktil der Partei dienen sollen. Eine wichtige Rolle spielt dabei der ungeheure Terrorismus, den die Partei zu üben versteht. Er wird vielleicht nur noch übertroffen durch

den beispiellosen Terrorismus, den in einzelnen Gegenden die katholische Geistlichkeit durch Gewährung oder Verjagung der Gnademittel der Kirche und durch den Mißbrauch von Kanzel und Beichtstuhl auf die Wählerschaft zugunsten des Zentrums ausübt. Die Kontrolle, der der Arbeiter bei der Abgabe seines Stimmzettels durch die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Parteiorganisation unterworfen wird, ist ein reiner Hohn auf die Wahlfreiheit und das geheime Stimmrecht. Viele Tausende von Arbeitern stimmen ja nur infolge dieses Zwanges für die Sozialdemokratie. Aber gezwungen oder nicht, diese sozialdemokratischen Stimmen sind da, und es muß damit gerechnet werden, daß die Partei noch für lange Zeit in der Lage sein wird, die Hauptmasse der Arbeiterstimmen für sich zu zählen. Und da die Bevölkerung des Deutschen Reichs und mit ihr die Zahl der Wahlberechtigten auch weiter noch steigen wird, während zugleich die immer reicher entfaltete Gewerbetätigkeit ein immer größeres Heer von Arbeitern an sich zieht, so bedarf es kaum besondrer Mühe, zu erkennen, daß eine absolute Zunahme von sozialdemokratischen Stimmen durchaus nicht als irgendwie besonders merkwürdige Erscheinung anzusehen ist. Man könnte sich bei dem schnellen Anwachsen der Bevölkerungszahl in Deutschland höchstens wundern, daß die Sozialdemokratie so, wie die Dinge nun einmal liegen, in vier Jahren nur eine Viertelmillion Stimmen gewonnen hat. Man wird im Gegenteil schon daraus entnehmen dürfen, daß diesmal recht viele ehemalige Mittläufer der Sozialdemokratie von ihr abgeschwenkt sind.

Der Schwerpunkt aber liegt nicht in der Beobachtung der absoluten Stimmenzunahme oder in den Mutmaßungen über die größere oder die geringere Zahl von Mittläufern, sondern in den Erfahrungen über die Widerstandskraft der bürgerlichen Parteien. Sie haben sich bei den früheren Reichstagswahlen immer schwächer und schwächer gezeigt. Darum konnte man wohl die Frage ängstlicher Gemüter verstehen: Wohin soll das führen? Dieselbe Wahlkreiseinteilung, die jetzt nach dem Urteil der roten „Genossen“ das Wahlergebnis plötzlich zu einer „Fälschung des Volkswillens“ gestempelt haben soll, hat damals mit jeder neuen Wahl eine größere Zahl von Sozialdemokraten in den Reichstag geführt. Vergebens wurde dem deutschen Bürgertum von der nationalen Presse bei jeder nur möglichen Gelegenheit vorgehalten, wie es vor allem darauf ankomme, daß die bürgerlichen Parteien ihre natürliche Kraft und Überlegenheit nur einmal in ihrem wirklichen Umfange zur Geltung bringen und ihre Gleichgültigkeit und Verdrossenheit überwinden. Darin, daß das endlich geschehn ist, beruht die Bedeutung der letzten Wahlen. Der Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen steht diesmal eine dem Prozentsatz nach ungefähr entsprechende Wahlbeteiligung der bürgerlichen Parteien gegenüber, und die Folge ist, daß die Sozialdemokratie sogleich ihre erste schwere Niederlage erhalten hat und gegen das geschlossen vorgehende Bürgertum nicht aufgekommen ist, obwohl die Verständigung zwischen den bürgerlichen Parteien durchaus nicht überall den Gipfel des Ideals erreichte, und überdies das Zentrum in vielen Wahlkreisen aus leidenschaftlicher Verblendung und törichter Nachsicht für die Kämpfe der Wahlzeit den bedrohten Sozialdemokraten bei den Stichwahlen zur Hilfe eilte.

Diese Erhebung des Bürgertums von seinem politischen Faulbett geschah, weil ein Blitz zum erstenmal den Dunstvorhang zerrissen hatte, durch den man die Sozialdemokratie bis dahin gern als die Partei einer allgemeinen, zwar heftigen, aber nicht ganz unberechtigten Unzufriedenheit ansah. Der politischen Bequemlichkeit behagte bis zu einem gewissen Grade ganz gut die mephistophelische Rolle einer Partei, die, wie man meinte, stets das Böse will und stets das Gute schafft. Die Abstimmung vom 13. Dezember und die entschlossene Tat der Regierung brachten nun mit einem Schläge dem nationalen Bürgertum, so weit es noch politisch zu

denken vermochte, zum Bewußtsein, daß es ernst war mit der Gefährdung nationaler Interessen, und daß man das Reich dem Fortgang dieser Bewegung nicht länger ausliefern dürfte.

Es ist wichtig, festzustellen, daß das Hervorbrechen dieses starken Gefühls vollkommen genügte, dem Bürgertum ein entschiedenes Übergewicht über die Partei der Verneinung der staatlichen Ordnung zu geben, wie es aber völlig versagte in dem Versuch, eine fest gefügte Organisation zu erschüttern, die — obschon in Grunde nicht minder staatsfeindlich — doch auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung steht. Es bleibt dabei, daß der Sturm auf das Zentrum völlig abgeschlagen ist. Aber, wie an dieser Stelle schon mehrfach gesagt worden ist, das eine Hauptmittel des Zentrums, seine Macht zu zeigen und einen starken Druck zum Nutzen der eignen Partei auszuüben, nämlich die Möglichkeit, durch Zusammenstehn mit der in der blinden Verneinung immer zuverlässigen Sozialdemokratie nach Gutdünken eine Oppositionsmehrheit zu bilden, gehört der Vergangenheit an. Will das Zentrum künftig zur Opposition treten, so muß es mit den liberalen oder konservativen Parteien paktieren. Es kann also der Regierung nicht mehr allein und von sich aus Bedingungen stellen. Damit ist die Gefahr beseitigt, die von dieser Seite drohte. Als stärkste Partei wird das Zentrum im Reichstage auch ferner ein großes Gewicht in die Waagschale legen, aber für die Regierung besteht keine Nötigung, mit dem Zentrum zu regieren. Wenn, wofür viele Anzeichen sprechen, jetzt auch der demokratische Liberalismus seine nationale Aufgabe versteht, wird es im neuen Reichstage leicht sein, bei Abstimmungen über nationale Lebensfragen eine Mehrheit zu finden, bei der wir das Zentrum nicht brauchen.

Wie werden sich aber sonst die Parteikonstellationen gestalten? Die Frage ist schon um deswillen zunächst nicht zu beantworten, weil bei dem Verhalten der Parteien selbst viele noch ganz unberechenbare Dinge mitsprechen werden. Die Liberalen stehen der neuen Lage vorläufig mißtrauisch gegenüber. Das Gespenst einer klerikal-konservativen Mehrheit steht ihnen vor Augen. Sie selbst sind nicht mit frischem Selbstvertrauen und dem Wagemut, den eine feste Überzeugung verleiht, in den Wahlkampf gegangen, sie haben sich ängstlich gehütet, eine Kraftprobe zu machen, vielmehr versucht, durch Versprechungen der Regierung eine Versicherungspolice für ihre eignen Parteien zu erlangen. Mit einer solchen Taktik, die noch außerdem durch Quertreibereien und unzeitige Oppositionslust im eigenen Lager beeinträchtigt worden ist, kann eine Partei nicht zur Beherrschung der Lage gelangen. Noch scheinen sich die Liberalen, soweit die Haltung der Presse einen Rückschluß zuläßt, nicht recht darüber klar zu sein, daß sie es eignen Fehlern und einer verkehrten Taktik zu verdanken haben, daß die durch die Auflösung des Reichstags erregte Wellenbewegung sie nicht weiter getragen hat.

Es ist sehr naiv und wohl nur aus einer gewissen Katzenjammerstimmung zu erklären, daß auf der einen Seite voll höchsten Mißtrauens auf das Bestehen einer klerikal-konservativen Mehrheit hingewiesen und noch immer von der angeblichen Vorliebe des Fürsten Bülow für das Zentrum gesprochen wird, und daß auf der andern Seite zugleich von der Regierung gefordert wird, daß sie liberal regieren soll. Unter diesen Umständen gewinnt eine Kundgebung des Reichskanzlers, die diese Fragen berührt, besondere Bedeutung. In der Antwort auf ein Glückwunschsreiben des Zentralverbandes deutscher Industrieller hat Fürst Bülow zwei Punkte festgestellt, die nach den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen der Wahlzeit leicht verdunkelt werden konnten. Die erste Feststellung geht dahin, daß „der vorläufig mit Erfolg beendete Kampf sich nicht einzig und allein gegen die Sozialdemokratie richtete“. Es wird ausdrücklich auf die Zentrumsparthei hingewiesen als Gegner der

nationalen Parteien bei den Wahlen. „Es hieße den Geist der Nation verkennen, wenn man über dieses charakteristische Merkmal der jüngsten Wahlen hinwegsehen wollte.“ Das ist eine deutliche Absage an das Zentrum, soweit sie zurzeit aus dem Munde des leitenden Staatsmannes nur irgend erwartet werden kann. So kann ein Reichskanzler nicht sprechen, der mit Hilfe eben dieses Zentrums die Liberalen an die Wand zu drücken beabsichtigt. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die zweite Feststellung, daß die Niederlage der Sozialdemokratie nicht etwa eine Periode der sozialpolitischen Reaktion einleiten soll. Die Regierung will an der „Abstellung sozialer Mißstände und der Milderung der wirtschaftlichen Gegensätze“ eifrig weiter arbeiten. Auch das ist eine Politik, die nicht gemacht werden kann, wenn die Absicht und die Neigung vorherrschen, eine reaktionäre Mehrheit zur Niederhaltung des Liberalismus zu gebrauchen. Alles deutet also darauf hin, daß die Regierung, abgesehen von den nationalen Forderungen, für die künftig hoffentlich das Gros der Konservativen und der Liberalen vereinigt eintreten wird, eine Richtlinie inne zu halten beabsichtigt, die die alten Gegensätze nicht unnötig in den Vordergrund bringt. Das würde eine Politik des maßvollen Liberalismus sein, die bei der gegenwärtigen Lage gewiß auch ein Teil der rechtsstehenden Parteien mitmachen würde. Und ob sich ihr das Zentrum schmollend und Rache brütend entziehen würde? Das wird man bezweifeln dürfen. Wenn erst die Tagung des neuen Reichstags begonnen hat, wird manches ein andres Gesicht erhalten als in den Aufregungen der Wahlzeit. Es heißt die Dinge sehr mechanisch und schematisch auffassen, wenn man jetzt durch Rechenexempel nachzuweisen versucht, daß die Regierung entweder auf eine Mehrheit verzichten oder eine vollständige Schaukelpolitik treiben müsse. Es ist durchaus noch nicht gesagt, daß nicht ein Programm durchgeführt werden könnte, für das eine Mehrheit sehr wohl zu haben sein wird. Nicht jede Politik wird sich zu jeder Zeit auf solche Weise machen lassen. Aber ein Programm der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Beruhigung ist für diese nächsten fünf Jahre in einem Reichstag von der Zusammensetzung des jüngst gewählten keineswegs aussichtslos. Inzwischen mögen sich die Parteien, die andre Wünsche haben, organisieren und tätig sein, damit sie nicht wieder durch den Gang der Ereignisse überrascht werden, sondern kräftig und bereit sind, sich die Lage zu schaffen, die sie brauchen. Dann kann auch einmal der Zentrumsturm zusammenstürzen, was ohne angestrengte und hingebende Arbeit der nationalen Parteien schwerlich geschehen wird.

Glossen. Zwischen dem Abschluß der Reichstagswahlen und dem Beginn der Reichstagsverhandlungen liegt eine kurze Spanne Zeit. Die Bedeutung des gegenwärtigen Augenblicks ist vielseitig genug, könnte also in mannigfacher Weise glossiert werden. Namentlich gibt die nächste Vergangenheit zu einigen Feststellungen, die nächste Zukunft zu einigen Warnungen Anlaß.

Wer sich die „öffentliche Meinung“ oder vielmehr das, was die Zeitungen dafür ausgeben, im Sommer des vergangenen und in den ersten Monaten des gegenwärtigen Jahres zu vergleichen bemüht, wird die Brücke, die über solche Widersprüche hinwegführen könnte, nicht zu finden vermögen und an den kausalen Zusammenhängen der Volksstimmung, an der Mechanik der öffentlichen Meinung verzweifeln wollen. Damals Unzufriedenheit, Schwarzseherei, Kritik gegen alles, was irgendwie mit der Regierung in Verbindung steht; und nun die Wahlen: ein Votum des Volkes für Kaiser und Kanzler. Nirgends war das Erstaunen über diesen scheinbaren Widerspruch größer als im Auslande: dort, namentlich in England und in Frankreich, war man gänzlich falsch orientiert gewesen. Man

hat nicht nur etwa die Aussichten der Wahl falsch eingeschätzt, sondern Sinn und Stimmung des Wahlkampfes gänzlich mißverstanden. Der Grund dieses Irrtums erklärt zugleich, warum der scheinbare Widerspruch der beiden Volksstimmungen kein Widerspruch ist. Das Ausland informiert sich durch einen Teil der Presse, der dem deutschen Volke nicht allzu nahe steht — und eben auf diesen Teil der deutschen Presse ist zum Teil die Stimmung des Sommers 1906 zurückzuführen, die der Monarch als Schwarzseherei bezeichnet hat. Das Volk wußte nichts von alledem, was ein kleines Häufchen überlauter Asphaltpolitiker, die sich als Vertreter der Volksstimmung gerierten, dem Volke unterschoben. Im Auslande ahnt man nicht, daß hinter der Redaktion des im Auslande leider am meisten verbreiteten Berliner Blattes niemand steht als die Redakteure selber. Wenn es Aufgabe der Presse ist, das Volk in Kontakt zu halten mit seinem Monarchen und den Monarchen mit seinem Volke, so haben einzelne Zeitungen genau das Gegenteil ihrer Aufgabe getan. Das Volk, das am 25. Januar und am 5. Februar abgestimmt hat, hat sich der unberufenen Interpreten entledigt. Wie die Kundgebung der Mitternacht vom 5. Februar zeigt, hat das Volk den Weg zum Monarchen, der Monarch den Weg zum Volke gefunden. Es bewahrheitet sich der alte Satz, daß das Volk vernünftiger ist als seine Demagogen: das Volk als Ganzes hat keine Gehässigkeiten und kleinlichen Rankünen — es faßt seine Entschlüsse nach großen allgemeinen Beweggründen und Gefühlen und trifft nicht immer das Richtige, nie aber Kleinliches.

* * *

Die Liberalen haben die Wahl. Zwischen einem Anteil an der Macht oder der Freude an Theorien. Sie werden sich ihre Entschlüsse wohl zu überlegen haben. Wenn der Liberalismus jetzt versagt, so wird er sobald nicht wieder zu wählen und lange Zeit zur Reue haben.

Die Aufgabe des Augenblicks ist eine Frage taktischen Geschicks. Sowohl die Reichsregierung als die konservative Partei stehen im Gegensatz zum Zentrum. Das Zentrum war unklug, zwölf Sozialisten in der Stichwahl durchzubringen und hat sich dadurch noch weiter von dem Monarchen, von dem Kanzler, von der konservativen Partei entfernt. Das Zentrum hat sich acht Tage vor dem Faschingsdienstag demaskiert. Auch die Konservativen, deren agrarischen Herzen das Zentrum so nahe steht, werden nicht sobald imstande sein, die demagogische Base zu vergessen.

Wenn nun einzelne liberale Blätter ihre Aufgabe darin sähen, durch sinnloses Wüten gegen den reaktionären Block Kanzler und Zentrum, Zentrum und Konservative einander wieder zu nähern und die agrarischen Expreßer, die Konservativen abzustößen, so täten sie mit gewohntem Geschick das Gegenteil dessen, was die taktische Situation fordert; ihren Zweck, Leitartikel zu schreiben, hätten sie allerdings erreicht. Es ist freilich nicht einzusehen, warum sie diesen Zweck nicht auch erreichen könnten, ohne ihre eigne Position in der Politik zu verderben. Das ist aber einer von jenen unauffindbaren Gründen, den keiner entdeckt, der nicht an die Dummheit glaubt.

Statt solche ihren eignen Interessen entgegenlaufende Versöhnungskunst zu versuchen, sollten sie lieber, ohne dabei ihren „Standpunkt“ nur um einen Millimeter zu verrücken, die Kluft zwischen ihnen und den Konservativen an den vielen Stellen überbrücken, wo sich die Ränder dieses scheinbar bodenlosen Abgrundes einander nähern, und nur böser Wille und unnötiges Schimpfen die Brücken abgebrochen oder ihre Herstellung verhindert hat. Alle Liberalen sehen es zweifellos ein, daß die Konservativen weder so gemein noch so dumm sind, wie gewisse Blätter,

die die liberalen Parteien im eignen Interesse gründlich desavouieren sollten, sich selber einreden wollen. Die tadellose Haltung der konservativen Partei im Wahlkampf, der Fonds von Energie, Lüchtigkeit, strammem politischen Sinn können auch von Freihändlern anerkannt werden. Die wirtschaftlichen Gegensätze können jetzt in den Hintergrund treten. Jedem Liberalen bleibt es unbenommen, trotzdem daß er fünf Jahre lang nicht jeden Tag schriftlich und mündlich gegen den Schutzzoll protestiert, die Fahne des Freihandels dennoch „unentwegt“ hochzuhalten. Die Liberalen wissen, daß man in Taten keine Konzessionen macht, wenn man in Worten wie eine unwürdige Notte behandelt wird. Und einzelne liberale Blätter tun das, aber diese einzelnen sind — hoffen wir — nicht der Liberalismus.

Der Liberalismus wird sich, wenn er den Anteil an der Macht erringen und behalten will, etwas mehr von jener Zucht angewöhnen müssen, die das Herrschen fordert und erzeugt. Zu dieser Zucht gehört eine etwas straffere Organisation, die wohl sicher zustande kommt, und eine größere Beachtung von Kleinigkeiten, ein Znachtnehmen auch in Worten. Große politische Taten sind Reihenfolgen von Kleinigkeiten. Die Opposition kann schreiben, wie sie will — da sie nichts besitzt, kann sie nichts verwirtschaften. Die Liberalen haben jetzt viel zu verlieren: eine Gelegenheit; und Gelegenheit ist alles. Es würde deshalb gut sein, wenn die vereinten Parteileitungen Sorge trügen, daß ihre Arbeit nicht wie schon manchmal von Teilen der eignen Presse unterwühlt würde.

Jeder Staatsmann ist genötigt, in der öffentlichen Meinung einen gewissen Rückhalt zu suchen. Er ist gezwungen, wenn er ihn auf der einen Seite findet und auf der andern nicht, sich eben auf die eine zu stützen. Wenn gewisse liberale Blätter dem leitenden Staatsmann in kleinlicher Gehässigkeit ohne sachliche Begründung in den Rücken fallen, zwingen sie ihn dadurch, sich auf der andern Seite Schutz zu suchen. Gewisse liberale Blätter können aber nicht die Ansicht erwecken, daß der Kanzler auch im Falle einer weitem Annäherung an den Liberalismus bei ihnen den nötigen Rückhalt finden würde.

* * *

Kein Mensch hat irgendeinem Teil der liberalen Partei zugemutet, die liberalen Prinzipien zu verraten. Kein Liberaler soll seinen „Standpunkt“ verlassen. Wenn in liberalen Kreisen solche Befürchtungen laut werden, so verraten diese Kreise nur, wie innerlich unpolitisch sie sind und denken. Ist der Zweck der Politik die Verwirklichung oder die Verkündigung der Idee? Die „Idee“, der Standpunkt des wahren Politikers, ist mit seinem Ziele identisch. Die Idee verrät der noch nicht, der eine Woche lang über sie schweigt. Dem Propheten, dem Theoretiker steht es frei, von Bergen in den Himmel zu predigen, in dem Raum, wo die Gedanken frei und leicht beieinander wohnen, Paläste nach Gutdünken zu bauen, sich ein deutsches Reich nach eignem Willen zu gründen: ein deutsches Reich, das vielleicht schön wäre, das aber den Nachteil hat, nur Luft zu sein. Die aber, die da unten wirken wollen, wo sich die Sachen hart stoßen, müssen mit der Schwerkraft der Dinge rechnen. Die Dinge nötigen uns zu Kompromissen, überall, im privaten wie im öffentlichen Leben: der Liberale aber, der im täglichen Privatleben wie jeder Mensch fortwährend Kompromisse schließt, will es im politischen nicht, denn er sieht das politische immer noch mit den Augen des Gelehrten. Und doch ist jede, auch die kleinste Aktion ein Kompromiß. Ein Kompromiß, abgeschlossen zur Erreichung eines bestimmten Zwecks, ist kein Verrat an den Prinzipien. Ein Verrat wäre es, wenn die liberalen Parteien ohne taktische Rücksichten die Initiative

zu reaktionären Anträgen ergreifen würden. Niemand denkt daran, daß von den liberalen Parteien zu erwarten oder zu verlangen.

Man könnte einwenden, daß die Aktionsfreiheit des Liberalismus durch Agitationsrückichten beschränkt sei. Der Liberalismus könne aus Rücksicht auf die Wählermassen sich nur an solchen Aktionen beteiligen, die rein liberalen Charakter trügen. Diese Angst geht jedoch zu weit. Das Volk will positive Leistungen und ist klug genug, das Mögliche von dem Unmöglichen zu unterscheiden. Der liberale Wahlredner, der ein mit den Konservativen geschlossenes Kompromiß taktisch zu begründen weiß, braucht nicht zu fürchten, daß sein sozialistischer Gegner mit dem Hinweis auf schmählich verrätene Prinzipien bei Bauern, Arbeitern, Handwerkern Erfolg hat. Das Volk ist viel praktischer, als der Theoretiker glaubt.

In dieser Hinsicht kann die Kölner Stichwahl als klassisches Beispiel gelten. Die liberale Parteileitung glaubte aus Rücksicht auf die Stimmung der Wähler eine Parole für das Zentrum in Köln nicht ausgeben zu können, trotz den Angeboten, die die Zentrumsleitung für andre Wahlkreise machte. Die Wähler aber haben, auch ohne der Kompensation in andern Wahlkreisen sicher zu sein, doch für den Zentrums kandidaten gestimmt.

Wenn der Liberalismus im neuen Reichstag aus Rücksicht auf die Wählermassen die Gelegenheit veräußt, so werden ihm gerade die Wählermassen diese ängstliche Rücksicht am wenigsten verzeihen. Ebenso wie es der Sozialismus heute büßt, daß er nur hat agitieren, nicht aber herrschen wollen, würden es die Liberalen zu bereuen haben, wenn sie statt der positiven Arbeit, die das Volk von ihnen erwartet, nichts als sterile Prinzipien zu leisten hätten. Eine abermalige Enttäuschung zu überwinden, wird der Liberalismus nicht mehr in stande sein. Jetzt oder nie mehr wird er das Gebiet der Theorien verlassen, mit den Objekten ringen müssen; und wenn auch nicht alle Blütenräume reifen können, wird er nicht vergessen, daß das Wenige eine Stufe zum Vielen ist.

Das politische Interesse konzentriert sich jetzt auf das taktische Geschick der neuen Linken. Mancher fragt sich, ob denn in der Politik der Satz gelte, daß, wer ins Wasser falle, schwimmen könne. Der Kanzler hat den Liberalismus ins Wasser geworfen: nun soll er schwimmen!

Noch einmal die Äußerungen des Fürsten Bismarck über die Sozialdemokratie. Daß meine Mitteilungen in Nr. 3 dieses Blattes vom 17. Januar einiges Aufsehen erregen würden, war von vornherein anzunehmen. In der Tat ist der Aufsatz vollständig oder gekürzt durch die ganze deutsche Presse gelaufen, auch in ausländischen, französischen und italienischen Blättern abgedruckt worden. Manche Zeitungen bringen ihn ohne jeden Kommentar, andre tabeln den Zeitpunkt der Veröffentlichung, eine Woche vor der Reichstagswahl, der für die Interessen der nationalen Partei schlecht genug gewählt gewesen sei; der Vorwärts benutzt die Publikation, um auf die gewalttätigen Absichten der [heute] regierenden Kreise hinzuweisen, wobei er natürlich kein Wort der Anerkennung dafür hat, daß der Kaiser solchen Plänen des Kanzlers widerstanden hat, was Blätter anderer Richtung wie die Berliner Volkszeitung rühmend hervorheben. Ein andres Berliner Blatt mittelt hinter der Publikation „scharfmacherische Zwecke“, schiebt mir also die Absicht unter, Stimmung für ein neues gewalttätiges Vorgehen gegen die Sozialdemokratie zu machen, ein drittes nimmt an, daß ich eine „Ehrenrettung der Hohenlohschen Denkwürdigkeiten“ beabsichtigt habe. Manche Leute können sich offenbar gar nicht vorstellen, daß eine Veröffentlichung dieser Art ohne einen bestimmten

praktischen Zweck geschieht. Ich kann nur versichern, was sich von selbst versteht: jede Tendenz zugunsten oder ungunsten einer Partei hat mir absolut ferngelegen. Daß sozialdemokratische Blätter die Äußerungen Bismarcks ausbeuten würden, war zu erwarten; aber der Haß der Genossen gegen den großen Kanzler ist seit lange schon so groß, daß eine Bestätigung seiner Gefinnung gegen die Revolutionspartei sans phrase ihn nicht noch zu steigern vermochte, und wie sollten sich Angehörige anderer Parteien bei den bevorstehenden Reichstagswahlen von einem Urteile Bismarcks bestimmen lassen, das vor siebzehn Jahren gefallen war, und das der Kaiser eben nicht zu dem seinigen gemacht hatte! Damit wird auch der Vorwurf hinfällig, die Veröffentlichung sei in diesem Augenblicke für die nationalen Parteien unbequem oder nachteilig gewesen; jedenfalls ist bei den Wahlen eine nachteilige Wirkung schlechterdings nicht hervorgetreten. Eine „Ehrenrettung“ der Denkwürdigkeiten Hohenslohes aber lag mir schon deshalb gänzlich fern, weil diese in der Tagespresse vielverleumdeten und wenig gelesnen Aufzeichnungen einer solchen gar nicht bedürfen. Ich habe als Historiker der historischen Wahrheit dienen wollen, das war meine einzige „Tendenz“.

Aber auch sachliche Einwendungen sind gemacht worden. Die erste, nach so langer Zeit fehle jede Kontrolle, berührt beinahe komisch. Wie soll man sich denn in einem solchen Falle, wo man Interessantes mitteilen zu können glaubt, eigentlich verhalten? Wenn der Berichtstatter sofort veröffentlicht, was er gehört oder gesehen hat, so heißt es: „Welche Indiskretion!“ Läßt er Jahre oder Jahrzehnte vergehn, so wird sein Bericht angezweifelt, weil „die Kontrolle fehlt“. Wie hätte denn nun im vorliegenden Falle eine solche ausgeübt werden können? Selbst bei Lebzeiten Bismarcks hätte doch immer, wenn sich der Fürst zu seinen von mir mitgetheilten Äußerungen, für die er, beiläufig bemerkt, kein Verschweigen verlangte, nachträglich etwa nicht hätte bekennen wollen oder können, Aussage gegen Aussage gestanden, und vollends einer seiner Söhne, von denen damals keiner in Barzin war, hätte höchstens nach den ihm sonst bekannten Äußerungen und Ansichten seines Vaters zustimmen oder widersprechen können, denn die Unterredung verlief, wie gesagt, ohne Zeugen. Was bliebe denn von den zahlreichen Publikationen übrig, die auf Tischgesprächen und andern mündlichen Äußerungen des Kanzlers beruhen, wenn man an ihre Glaubwürdigkeit einen solchen Maßstab anlegen wollte? Ein anderer Kritiker findet, Bismarck müsse „in sehr gereizter Stimmung“ gewesen sein, als er sich in der geschilderten Weise aussprach. Ich hatte damals den Eindruck, daß er sehr ruhig dabei war und nur einmal und zwar gegen eine bestimmte Persönlichkeit heftig wurde; über den Kaiser sprach er während der ganzen Zeit niemals auch nur ein tadelndes oder geringschätziges Wort. Endlich wird die ganze Erzählung als „olle Kamellen“ abgetan, und zwar mit der Berufung auf den Brief, den Fürst Bismarck am 15. August 1878, also lange vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes (19. Oktober 1878), von Rissingen aus an den Geheimen Regierungsrat Tiedemann über die Fassung dieses Gesetzes richtete und in dem die Stelle vorkommt: „Ich halte, — wenn das Gesetz wirken soll, es für die Dauer nicht möglich, den gesetzlich als Sozialisten erweislichen Staatsbürgern das Wahlrecht und die Wählbarkeit und den Genuß der Privilegien der Reichstagsmitglieder zu lassen.“ (Gedanken und Erinnerungen II, 190.) Aber es kommt doch nicht darauf an, daß er diesen Gedanken von jeher hatte, sondern daß er ihn in dem Momente, wo das Sozialistengesetz ablaufen sollte, von neuem aufgriff und in diesem Sinne auf den Kaiser zu wirken versuchte, und davon erzählt auch Hohenslohe nichts. Das sind also keinesfalls „olle Kamellen“.

Zuletzt wird auch die Äußerung des Königs Albert bezweifelt, so lange mein Gewährsmann nicht genannt wäre. Das Deutsche Tageblatt hat darüber Erkundigungen

in Sachsen eingezogen, aber ohne Ergebnis, während die Neue Hamburger Zeitung behauptet, sie sei ihm „schon länger bekannt“ gewesen. Ich weiß nicht, ob die Quelle dafür nicht etwa gar meine eigne „Deutsche Geschichte (II², 531) ist; den Gewährsmann zu nennen, halte ich mich aber auch jetzt noch nicht für befugt, und ich bestreite durchaus, daß das Urteil des Königs, das, wie gesagt, auf dem des Großherzogs von Baden beruhte, in irgendwelchem Widerspruche stehe mit der Verehrung und Bewunderung, die der König sonst dem großen Staatsmann zollte (vgl. meine kurze Biographie des Königs in Bettelheims Deutschem Nekrolog von 1902, VII). Er konnte trotzdem finden, daß unter den damaligen Umständen der Rücktritt des Kanzlers unvermeidlich gewesen sei.

Für die von Delbrück vermuteten Staatsstreichpläne Bismarcks läßt sich aus seinen Äußerungen mir gegenüber keine Bestätigung ableiten, so wenig wie aus Hohenlohe II, 468. Deshalb spricht sich jetzt auch Hr. Meinecke im neuesten Heft der Historischen Zeitschrift gegen die Wahrscheinlichkeit solcher Pläne aus. Es bleibt somit nur die Tatsache bestehen, daß Bismarck kurz vor seinem Rücktritt entschlossen war, gegen die Sozialdemokratie schärfere Mittel zu ergreifen, als sie ihm das ablaufende Sozialstengengesetz in seiner bevorstehenden Abschwächung bot, und daß er im Falle von ernstem Unruhen militärische Gewalt anwenden wollte (was eigentlich selbstverständlich ist), daß aber der Kaiser diese Gedanken abwies.

Leipzig

Otto Kaemmel



Forman
gegen
Schnupfen
DOSE 30 Pfg

Ärztlicherseits vielfach als ideales Schnupfenmittel bezeichnet. — Wirkung frappant. — In allen Apotheken.